

20. November 2020



CDU: Wechsel- und Hybridmodelle für den Unterricht zulassen

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für die Ermöglichung von fakultativem Wechselunterricht ab der siebten Klasse aus.

„Bei der Bekämpfung einer Pandemie ist langes Abwarten die schlechteste Lösung. Die Landesregierung muss deshalb schnell die Grundlage schaffen, dass Schulen flexibel mit der Gestaltung des Unterrichts umgehen können!“, fordert Marion Schneid, stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Es ist eine Illusion zu glauben, dass steigende Infektionen dauerhaft vor den Schulen Halt machen. Wir brauchen intelligente Ansätze, um dort, wo es möglich ist, Hybrid- und Wechselmodelle umzusetzen, damit dort, wo Präsenzunterricht unabdingbar ist, auch weiterhin stattfinden kann. Wir fordern daher die Aufhebung des generellen Verbots von Wechsel- und Hybridmodellen durch die ADD! Die Landesregierung muss Kriterien festlegen, wann und aus welchen Gründen die ADD eine Untersagung von Wechselunterricht aussprechen kann.“

„Pädagogisch gesehen ist der Präsenzunterricht die beste Form des Unterrichts für unsere Kinder, aber in Pandemiezeiten muss es die Möglichkeit geben, den Unterricht flexibel und mit Online-Unterrichtseinheiten zu gestalten. Wir vertrauen in die pädagogische Expertise und Organisationsmöglichkeit der Schulen vor Ort, wenn diese in Anbetracht der lokalen Infektionslage Hybrid- und Wechselmodelle umsetzen möchten.“, da sind sich Marion Schneid und Dr. Peter Uebel, Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion, einig.

„Die Umsetzung dieser Modelle führt nicht nur zur Reduktion des Infektionsrisikos in den Schulen, sondern hat auch einen positiven Begleiteffekt bei der Schülerbeförderung. Die Lehrkräfte machen in diesen schwierigen Zeiten einen hervorragenden Job. Umso weniger ist zu verstehen, dass vom Ministerium so wenig Unterstützung kommt, nicht einmal die angekündigten Masken.“

„Die Schulen sollten die Freiheit haben, selbst lageangepasst den Wechselrhythmus festzulegen. Das kann ein täglicher, mehrtägiger oder auch ein wöchentlicher Wechsel sein. Es ist flächendeckend eine Notbetreuung für alle Kinder mit Betreuungsbedarf seitens des Landes einzurichten. Dafür müssen entsprechende Mittel vom Land zur Verfügung gestellt werden.“, so Marion Schneid.

Pressemitteilung